



Sicherheitsrat

Verteilung: Allgemein
30. Juni 2017

Resolution 2365 (2017)

**verabschiedet auf der 7992. Sitzung des Sicherheitsrats
am 30. Juni 2017**

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine Resolutionen 1590 (2005), 2102 (2013), 2295 (2016), 2299 (2016), 2305 (2016), 2327 (2016), 2338 (2017) und 2339 (2017), in denen ein Mandat für Antiminenmaßnahmen der Vereinten Nationen in Friedenssicherungseinsätzen und besonderen politischen Missionen erteilt wird,

unter Hinweis auf die Berichte des Sonderausschusses der Generalversammlung für Friedenssicherungseinsätze, die das Sekretariat der Vereinten Nationen bei der Minderung der von behelfsmäßigen Sprengvorrichtungen ausgehenden Bedrohungen und Auswirkungen anleiten,

Kenntnis nehmend von den Resolutionen 71/72 und 70/80 der Generalversammlung, mit denen die Mitgliedstaaten beschlossen, Fragen im Zusammenhang mit der Unterstützung von Antiminenprogrammen und der Bekämpfung der von behelfsmäßigen Sprengvorrichtungen ausgehenden Bedrohung auch weiterhin in die Tagesordnung der Generalversammlung aufzunehmen,

sowie *unter Hinweis* auf alle mit Antiminenprogrammen im Zusammenhang stehenden maßgeblichen Verträge und Übereinkünfte, deren Durchführung und deren Prozesse der Überprüfung durch die jeweiligen Vertragsparteien,

mit dem Ausdruck seiner tiefen Besorgnis angesichts der noch lange nach dem Ende von Konflikten von Landminen, explosiven Kampfmittelrückständen und behelfsmäßigen Sprengvorrichtungen ausgehenden ernststen und anhaltenden Bedrohung von Zivilpersonen,

mit dem Ausdruck seiner tiefen Besorgnis über die Zahl der Zivilpersonen, darunter Kinder, die in Konflikt- und Postkonfliktsituationen durc

17-10633 (G)



3. *fordert die an bewaffneten Konflikten beteiligten Parteien nachdrücklich auf,*

betroffenen Staaten und den zuständigen Akteuren im System der Vereinten Nationen Hi